



## Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Horst Arnold, Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Martina Fehlner, Susann Biedefeld, Klaus Adelt SPD**

**Kommunen stärken – bezahlbaren Wohnraum ermöglichen III:  
Förderprogramm des Wohnungspakts Bayern zugunsten kommunaler Wohnungsgesellschaften verbessern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Ausschöpfung aller haushaltsrechtlichen Möglichkeiten die rechtlichen und beihilferechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um es kommunalen Unternehmen bzw. privatrechtlichen Unternehmen in mehrheitlich kommunalem Eigentum rechtssicher zu ermöglichen, an dem Förderprogramm des Wohnungspaktes Bayern zu partizipieren und Fördermittel zu erhalten.

### **Begründung:**

Mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm, der zweiten Säule des Wohnungspakts Bayern, unterstützt der Freistaat Bayern die Gemeinden dabei, selbst Wohnraum zu planen und zu bauen. Antragsberechtigt sind alle bayerischen Gemeinden. Die Gemeinden müssen Eigentümer der geförderten Wohngebäude bleiben, können aber zur Umsetzung der Maßnahmen Dritte wie beispielsweise kommunale oder kirchliche Wohnungsgesellschaften beauftragen (soweit erforderlich unter Beachtung des Vergaberechts).

Da in Bayern in vielen Städten und Gemeinden kommunale Unternehmen bzw. privatrechtliche Unternehmen in kommunaler Mehrheitsbeteiligung bestehen, die schon zum Teil seit Jahrzehnten im sozialen Wohnungsbau bzw. im Mietwohnungsbau tätig sind, ist den Kommunen auch in dieser Art der wirtschaftlichen Betätigung zu ermöglichen, an den staatlichen Zuschüssen des Wohnungspaktes Bayern teilzuhaben. Europarechtliche Vorgaben sind daher, auch und insbesondere vor dem Hintergrund der außergewöhnlichen Belastung der deutschen Kommunen auf Grund der Flüchtlingsproblematik, mit Unterstützung des Bundes entsprechend anzupassen.